



Everswinkel 25.03.2021

Sehr geehrter Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender Laschet,

Politik sollte vor allem von Menschen gemacht werden, die den Mut haben, für Werte und Überzeugungen einzutreten um Mitmenschen zu inspirieren. In dieser anspruchsvollen Zeit sind wir daher sehr froh, dass Sie sich bereiterklärt haben, die CDU als Parteivorsitzender zu führen, beglückwünschen Sie zur Wahl und wünschen Ihnen viel Glück und Gottes Segen!

Als Ministerpräsident unseres Landes haben wir Sie als jemanden wahrgenommen, der viel Wert auf den Austausch mit der Parteibasis gelegt hat. Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben auch an unseren konkreten Sorgen zur aktuellen Debatte zu landwirtschaftlichen Themen teilhaben lassen.

Wir schreiben Ihnen als Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Everswinkel, einer knapp 10.000 Einwohner umfassenden Gemeinde im Kreis Warendorf. Unsere ländliche Struktur und die Verbundenheit mit den landwirtschaftlichen Interessen sind täglich präsent und auch die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft begegnen uns täglich. Unser Ort ist seit Jahren fest in CDU-Hand. Dies liegt u.a. auch an einem offenen und vertraulichen Austausch mit der Landwirtschaft.

Allerdings fällt uns diese Überzeugungsarbeit bei landwirtschaftlichen Themen zunehmend schwerer: 2017 wählten auf Bundesebene 61 % der Landwirte CDU, 2013 waren es noch 74%. Heute wird auf den Höfen offen diskutiert, ob die CDU auf Grund der vielen mitgetragenen und zum Teil verantworteten Erschwernisse und Hürden in der Landwirtschaft überhaupt noch die richtige Partei für sie sei: Wir setzen also zunehmend eine (gerade für uns im ländlichen Raum wichtige) Wählergruppe und Mitglieder auf's Spiel.

Lassen Sie uns daher nachfolgend einige Punkte aufführen, bei denen ich Ihnen aufzeigen möchte, wie wir uns inhaltlich von unseren Stammwählern entfernt haben.

- Insektenschutzpaket
- Neue Düngeverordnung ab 01.05.2020
- Flächenverbrauch und -versiegelung
- Vorschläge für die europäische Agrarreform ab 2023
- Nutztierhaltungsverordnung und Ziele der Borchert Kommission
- Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Noch vor einigen Jahren hatten wir in unserem Ort viele Bauernhöfe, die ihr Einkommen ausschließlich aus der landwirtschaftlichen Urproduktion erwirtschaften konnten.

Doch die politischen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass inzwischen alle Betriebe Einkünfte außerhalb der Landwirtschaft benötigen, um die Höfe zu erhalten und ihre Familien davon zu ernähren.

Nach vielen Gesprächen mit örtlichen Landwirten haben wir erklärt bekommen, dass die Veränderungen und die damit verbundenen Auflagen schon seit 1992 auf dem Weg sind. Angefangen hat es mit einer EU-Regelung, um staatliche Lagerungen von z.B. Butter, Getreide und Rindfleisch abzuschaffen und die landwirtschaftliche Produktion auf ein sogenanntes Weltmarktniveau anzupassen.

Dafür wurde eine produktionsbezogene Prämie eingeführt und über die vergangenen Jahre zu einer Betriebsprämie weiterentwickelt. Heute wird die Prämie genutzt, um den Landwirten scharfe Umweltleistungen (vielfältige Fruchtfolge, ökologische Vorrangflächen) aufzuerlegen. Diese enthalten häufig nicht praxisnahe Auflagen. Der Ursprungsgedanke die Anpassung an niedrigere Weltmarktpreise bei höheren Produktionskosten in Deutschland auszugleichen, ist verloren gegangen.

Die CDU gestaltet Zukunft – dies darf sie aber nicht einseitig zu Lasten von Tradition und Herkunft tun. Diese Werte müssen wir uns als CDU bewahren.

Wir sind sehr enttäuscht über die Ausgestaltung des Insektenschutzpakets. Hier fragen wir uns, wo werden die Belange unserer Bauern berücksichtigt?

Ein erfolgreicher Insektenschutz kann nur im Dialog mit den Landwirten erfolgen. Das Verhandlungsergebnis der beteiligten Bundesministerien spiegelt dies aber in keiner Weise wider. Viele freiwillige Maßnahmen in den vergangenen Jahren, wie z.B. die Anlage von Blühstreifen, werden von der Politik ignoriert. Eine große Insektenvielfalt ist im Interesse der Landwirte!

Eine der Maßnahmen in diesem beschlossenen Paket ist ein 5m breiter Gewässerschutzstreifen. Wir können nicht verstehen, weshalb dieser Streifen ohne jeglichen finanziellen Ausgleich dem Anbau von Feldfrüchten entzogen wird. Das kommt doch einer Flächenenteignung gleich!

Das Münsterland ist geprägt von Viehhaltung. Den hiesigen Landwirten ist bewusst, dass die sachgerechte Düngung eine große Herausforderung darstellt. Seit Generationen sind die landwirtschaftlichen Familienbetriebe darauf bedacht, ihre Flächen im Einklang mit der Natur zu bewirtschaften.

In den zurückliegenden Jahren wurde mehrfach die Düngeverordnung geändert und angepasst. Uns ist nicht klar, warum die vorherigen Schritte nicht auf ihre Wirksamkeit

überprüft wurden. Weiter fraglich ist, wie man die Düngemengen nur am Flächenertrag kalkulieren kann, ohne Umwelteinflüsse wie Dürrezeiten zu berücksichtigen. Dies führt die Landwirte unserer Meinung nach in eine Abwärtsspirale beim Flächenertrag.

Die Auswirkungen der Düngeverordnung werden zusätzlich verschärft, da immer mehr Fläche der Landwirtschaft entzogen wird. Beispiele hierfür sind Straßenbau, Siedlungsbau und die übertriebenen dazugehörigen Ausgleichsmaßnahmen. Hier fehlen politische, zukunftsfähige neue Konzepte dem entgegenzuwirken. Allein in unserem Kreis Warendorf verlieren wir täglich 1ha landwirtschaftliche Nutzfläche! Insbesondere über Ausgleichsmaßnahmen muss neu gedacht werden.

Weiteren Flächenverlust erwartet die Landwirtschaft nach der Verkündung durch Frau Ministerin Klöckner. Die gemeinsame Agrarpolitik der EU sieht ab 2023 vor, dass 3% der Ackerfläche aus der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung genommen werden. Die Frage ist warum?

Die Gesellschaft möchte doch eigentlich, dass die Nahrungsmittel regional und vor Ort produziert werden!

Wie wir zu Beginn geschrieben haben, kommen wir aus dem schönen Münsterland, einer Region mit vielen Pferden, Kühen, Schweinen und Hühnern.

Politisch wird unseren Bauern und deren Familien hier zu viel zugemutet, auch von der CDU. Einerseits wird Tierhaltung fachlich auf sehr hohem Niveau betrieben, andererseits müssen sich die Landwirte dem weltweiten Wettbewerb stellen. Gesellschaftliche Zwänge fordern von der Politik, dass die Landwirte die aktuelle Tierhaltung massiv verändern müssen. Aus meinen geführten Gesprächen haben wir erfahren, dass die Landwirte dazu bereit sind. Die angedachten Veränderungen in der Tierhaltung sind sehr kostenintensiv. Auch wir fragen uns, wer diese Kosten tragen soll.

Aus jüngster Erfahrung haben wir alle selbst erlebt, dass höhere Ladenverkaufspreise für ein Mehr an Tierwohl nicht von den Verbrauchern angenommen werden.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Borchert Kommission bietet gute Ansätze, bleibt aber in der Umsetzung und Finanzierung sehr vage. Gerade die in Generationen denkenden landwirtschaftlichen Familienbetriebe benötigen langfristige Perspektive und Planungssicherheit.

Gesellschaftlich haben wir den Eindruck, dass eine vielschichtige Landwirtschaft gewünscht wird, allerdings gibt es wegen unsicheren Perspektiven aktuelle auf vielen Höfen eine zurückhaltende mittelfristige Zukunftsplanung. Immer häufiger wird aktuell zwischen zukunftsichernden Investitionen und einem Auslaufen der Bewirtschaftung abgewogen.

Für eine Aufgabe der Landwirtschaft spricht an dieser Stelle, auch aus Sicht der Landwirte, die 2017 in Kraft getretene Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV). Das Ziel, unser Grundwasser zu schützen ist richtig und auch notwendig.

Dennoch wird hier ein Standard gefordert, der von den Betrieben nur sehr kostenintensiv eingehalten werden kann und somit wieder den Druck zum betrieblichen Wachstum fördert.

Für die schon zuvor angesprochenen Ziele und Änderungen in der Tierhaltung durch die Borchert Kommission wird es erforderlich sein, vorhandene betriebliche Bauten an diese Ziele anzupassen. Hier ist die Politik gefragt, diese baulichen Änderungen mit Blick auf die Lagerung von Mist, Gülle und Futtermitteln aber auch in Bezug auf Brandschutzmaßnahmen leichter zu ermöglichen.

Ansonsten hören genau die Betriebe auf, die wir doch gesellschaftlich haben möchten. Hier ist es wichtig, den Dialog mit den Landwirten zu suchen, um Perspektiven gemeinsam zu gestalten.

Sehr geehrter Herr Laschet,

Politik im Dialog und mit klarem Bekenntnis: So machen wir in Everswinkel Politik – so stellen wir uns auch Politik im Land und im Bund vor. Ansonsten sehen wir die Gefahr, dass unsere gemeinsamen gesellschaftlichen Ziele in der Landwirtschaft unweigerlich verloren sind und wir als CDU die Unterstützung der Landwirte verspielen.

Das ein guter Austausch mit gegenseitigem Respekt funktionieren kann, beweist die aktuelle Landesregierung in NRW. Frau Ministerin Heinen Esser genießt bei den Landwirten eine hohe Akzeptanz. Dies gilt es in den nächsten Jahren auch auf Bundesebene zu etablieren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Überlegungen in Ihre politischen Weichenstellungen der nächsten Jahre einfließen lassen. Gerne steht Ihnen der CDU-Gemeindeverband Everswinkel zum persönlichen Gespräch zur Verfügung. Wir laden Sie aber zusätzlich auch gerne zum direkten Austausch mit den Landwirten nach Everswinkel ein.

Mit freundlichen Grüßen



Werner Lemberg  
Vorsitzender



Magdalene Wierbrügge  
stv. Vorsitzende